

Die Schmach der SBD.

Die 25 ließen auf dem Parteitag ein paar Brüderchen verteilen, in denen sie sich rechtzeitigten. Sie tun es mit einem solchen Zynismus, mit einer solchen Schamlosigkeit, die geradezu erstaunlich ist. Den Inhalt der Brüderchen trug Bechle, der Spracher der 25 auf dem Parteitag, in seiner Rede vor. Wir behielten uns vor, auf den Material noch zurückzukommen. Für heute befürworten wir uns auf eine Stelle aus Bethles Rede nach dem offiziellen Bericht des sozialdemokratischen Pressebüros, nämlich, won er über die Reichsbahneigentumsfrage in Sachsen sprach. Es schrieb, wie die 25 sich immer seit Jahren schon um die Koalition mit der Bourgeoisie in Sachsen bemühten, aber die Mittelschaft wollte nicht.

Das Ergebnis dieser Situation war das Ministerium Lechner. Die Regierung dieses wankelmütigen, enttäuschungsfähigen Ratholzen mußte natürlich zum Zusammenschrumpfen führen. Die Kommunisten hatten zwei Minister. Brandt sollte als Ministerialdirektor die Herrschaft über die Politik bekommen. Die Kommunisten ganz Deutschlands wurden nach Chemnitz zusammengetragen, um den Aufstand zum Bürgerkrieg zu vollziehen, und die russischen Unternehmer waren mit ihren Photographen zur Stelle, um den historischen Moment der Aufruhr des Generalstabs für ganz Deutschland aufzunehmen. Es gelang nicht, aber die Reichsregierung fand dadurch einen billigen Vorwand, in das rote Sachsen einzumarschieren, und, rein militärisch war es klar; Selbst wenn man ernsthaft gegen Bayern hätte marschiert wollen, hätte man im Süden den kommunistischen Feind nicht dulden dürfen."

In der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion am 12. Oktober 1923 erklärte Budor nach dem Protokoll, was die 25 auf dem Parteitag aussagten: „Ich mag sagen, der Ausnahmegesetz hat uns gerettet... Weder das Börschen des Wehrkreiskommandos dürfe man mir nicht belügen... Der Ausnahmegesetz habe uns vor weiterem Unglück bewahrt, da die KPD den Einmarsch vorbereitet.“

Auf diese Verzerrungen ist Bethle stolz. Ausdrücklich heißt es jetzt, daß die 25 in allem mit Einverständnis des Parteivorstandes gehandelt haben. Wie können uns jeden Kommentar sparen.

Kennen Hoffnungswerte Arbeiter es mit ihrem proletarischen Gewissen vermeiden, dieser Führerquelle die Herzschlag weiter zu ermöglichen?

Birna

„Die Straße ist kein Spielplatz“

geinen unklaren Zeitungsstanten in Birna. Das heißt losgelöst als: „Straße ist von der Proletar-Jucht!“ Erst die Arbeiter mit ihrer „ausdrücklichen, zur Schau getragenen“ Rost, und nun weg auch mit den unzähligen anziehenden Kindern. Wem gehört die Straße? Natürlich nur denen, die ein Auto oder Motorrad besitzen. Bald wäre ein Junge in ein Auto geraten, deshalb diese Entzündung. Wo gehören die Kinder hin? Nach Meinung dieser Jungen Deutschen in die Straße, um Blumen zu machen oder durch sonstige Heimarbeit den Kapitalisten billige Arbeitskräfte zu liefern. Wie steht es in dieser Frage bei uns in Birna aus? Hat man schon einmal daran gedacht, den Kindern Spielplätze zu schaffen? Nein. Im Gegenteil, man hat Blöße, auf denen die Kinder sich bisher noch etwas tummeln konnten, zu den „verdorbenen“ Anlagen ausgebaut. Es wäre viel besser gewesen, zu verlangen: Schafft Spielplätze für die Kinder, um zu verhindern, daß bei der jungen Bevölkerung das Leben der Proletarbeiter dauernd gefährdet wird. Darauf hat man jedoch kein Interesse, es handelt sich ja „nur um Arbeiterkinder“. Die Kinder der Bevölkerung haben ihre Göttin, was lämmert die Stadt der Radwuchs der Besitztaten? Die rein menschliche Forderung: Schafft Spiel- und Turnplätze, schütt damit Leben und Gesundheit der Kinder!“ anerkennen die Bevölkerung wohl mit dem Mund, aber nie mit der Tat! haben die Kinder solche Pläne, so brauchen sie sich nicht mehr auf der Straße herumzutummeln. Sicherlich wird bei Schaffung von Spielplätzen der „gute Ruf“ der Stadt Birna nicht leiden. Sollte die Stadtverwaltung nicht wissen, wie sie die Fragen lösen soll, so mag sie eine Studienmission nach Leningrad oder Moskau senden, die Sowjetverwaltung würde ihr gern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Gu. Arb. Rott.

Schafft Rote Hilfe! Staatliche Notunterstützung in Sachsen!

Von L. Liebermann.

(Fortsetzung.)

Ernst Binnebösel hat nun den Hungerstreik angewandt und kam infolgedessen nach der Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes. Die ersten 6 Tage war er in der Zelle. Sein Stuhlgang war dauernd mit Blut durchsetzt. Auf seine Meldungen bei den Wärtern und Wachtmeistern wurde ihm mit Achselzucken bedeckt, dieses Hämorrhoiden. Eine ärztliche Behandlung stand nicht statt. 10 Wochen lag er in der Zelle und kam erst dann in die Heilanstalt. Die Kranken der einzelnen Abteilungen protestierten gegen seine Anwesenheit, weil sie Angst vor Infektion hatten. Der Stuhlgang war dauernd mit Blut und Eiter durchsetzt. Die Speisen gingen so, wie er sie zu sich nahm, wieder ab. Der Arzt Dr. Butter behandelte ihn auf Hämorrhoiden und ließ ihm Japfen einsetzen, obwohl Dr. Butter den Kranken nie untersucht hatte. Sein Blut wurde nach Leipzig zur Untersuchung gebracht, trotz eines negativen Fundes bekam er vier Salvarsaneinprägungen. Die Folge war, daß der Schmerz im Magen immer stärker wurde, und die Beine ganz versagten. Er brach zusammen. B. wendete sich an seine Frau, um von außerhalb der Anstalt Hilfe zu bekommen und so eine Operation zu erreichen. Auf Grund des Antrages seiner Frau kommt der Anstaltsleiter Dr. Wendt zu B. und droht ihm, indem er sagt: „Ihre Manipulationen kennen wir schon, ins Krankenhaus kommen Sie nicht, aber in Stroh.“ Dr. Wendt hatte ihn nie untersucht. Er kommt dann früh 9 Uhr zu Dr. Butter zur Untersuchung und stellt dort den Antrag, ihn zu operieren, weil er die Schmerzen nicht mehr aushält. Dr. Butter erklärt, die Hämorrhoiden seien weg und er brauche nicht operiert zu werden. Bei der Visite nachmittags 4 Uhr zeigt der Oberpfleger dem Arzt starke Blutungen des B. Darauf erklärt Dr. Butter, die Hämorrhoiden seien eben wieder eingetreten. Eine Untersuchung durch den Spezialarzt vom Kreiskrankenhaus von Zittau vom 5. Dez. 1923 wurde so vorgenommen, daß der Arzt das Gutachten des Dr. Günther von Leipzig zur Hand nahm. B. fragte, wie das Blut aussiehe; untersucht oder angegriffen hat er B. nicht. Letztlich kam er aus der Behandlung Dr. Butters in die Dr. Günthers. Dieser nahm eine Messerfeder an den Beinen

Seifhennersdorf

(Vom Arbeitsskorrespondenten O. S.)

Im Jahre des Herrn Elsner-Oberhof wohnte seit dem Jahr 1917 eine alleinstehende Frau Schönörner. Diese hatte eine Stube und Kammer inne. Dem Hauswirt war dieser Mieter schon lange ein Dorn im Auge, und in letzter Zeit mußte die Frau allerhand Lebenswürdigkeiten, wie Schlägen von Wasser in ihrer Hausschlaf, Stören des Ruhezuges usw. erdulden. Der Mieter wurde also höchstlich das Leben schwer gemacht. Um nun diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu machen, wandte sie sich beschwerdeführend an das bürgerliche Wohnungamt, wobei sie auch um eine andere kleine Wohnung bat.

Aber vergebens! Der Hauswirt Elsner aber, auch nicht faul, hatte sich mittlerweile beim zuständigen Gericht das Recht zur Räumung und von der Amtsbaupräfektur die Genehmigung zum Umbau seines Hauses geholt. Die Gemeinde als solche hätte nun die verhammte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, der Mieterin Schönörner eine andere Wohnung zu verschaffen, da sie doch auch wissen mußte, was nun kommen sollte. Aber weit gefehlt!

Am Donnerstag den 17. September erschien nun der Herr Baumalter Köhler mit einer Kolonne deiner Hauswirt Elsner, und letzterer brachte das Einzelnen des kleinen Umbaus, wobei sich die Wohnung der Schönörner befand. Obwohl dieselbe nicht anwohnte, wurde diese Maßnahme durchgeführt.

Es wurde nun das Dach dieses kleinen einstöckigen Gebäudes eingehoben, obgleich sich darunter die Sachen und Möbel der Frau Schönörner befanden. Uebrigens kann man auch nicht das Verhalten des Baumeisters Köhler und seiner Arbeiter verstehen. Das nun durch diese unglaubliche Gemeinschaft eines übermüdeten Hausbesitzers sich eine große Anzahl Seifhennersdorfer Einwohner ansonnen, ist ganz leidenschaftlich, zumal dieser Hausbesitzer ledig Arbeiter ist. Die Menge nahm bald eine drohende Haltung gegen diesen noblen Hauswirt ein und es ergriffen sofort die Gendarmen. Was dieß bei diesem Vorfall zu tun hatten, ist uns unverständlich, oder hatte sie der Herr Bürgermeister Fischer gleich um die herumstehenden Model zu bewahren? Es wäre noch unserer Meinung viel richtiger gewesen, den Hauswirt wegen Einbruchs zu verhaften. Der abends zufällig vorbeikommende Genosse Obit, Mitglied des Wohnungsausschusses, nahm sich sofort dieser heiklen Sache an und ging sofort mit der Mieterin Schönörner und einem anderen Genossen zum Bürgermeister. Dieser war aber nicht zu sprechen, es wurde daher der Beamte des hiesigen Wohnungsamtes Herr Halmann herangetreten. Derselbe legte nach Anhören dieses Vorfalls ganz pass: die Gemeinde und das Wohnungsamt würden nichts von dieser Maßnahme, ne wären sich aber die Sache angelegen sein lassen! Wir fragen die Gemeindebehörde, wo fanden denn die Sicherheitsorgane so schnell her? Und wieder muß man fragen: Warum wurde trotz des immerwährenden Drängens der Frau Schönörner, die bei keinem anderen Wohnung zur Verfügung gestellt? Die Gemeinde mußte von dem Vorhergegangenen (gleichzeitige Räumung, Baugenehmigung) wissen und hätte dementsprechend handeln müssen. Nun hat sie sich am Hausbesitzer Elsner schadlos zu halten. Nur können es nicht verstehen, wenn man der völlig mittellosen Frau zumutet, die Klage gegen Elsner anzustrengen, das muß nach der Meinung der Arbeiterschaft von Seifhennersdorf leicht tan. Zum anderen fragen wir das hiesige Wohnungsamt: „Wie kommt es, daß sich in letzter Zeit die verschiedenen Hausbesitzer ähnlich leisten könnten?“ Diese Frage ist ja nicht schwer zu beantworten; weil in der Wohnungsvergabe in einer Art und Weise gewirtschaftet wurde, die die Hausbesitzer geradezu anfeuern muß. Wir erinnern an die Vergabe der Rathauswohnungen, 8 Zimmer usw. Man hat damit den diejenigen Hauswirten den Raden gestellt und nun beanspruchen sie für das derselbe Recht, 7- bis 8-Zimmerwohnungen zu befüllen. Alles in allem, was zeigt dieser klasse Vorfall die Notwendigkeit des sofortigen Neuaufbaues des Mietervereins, um diesem schwermärrischen, frechen Verhalten der Hausbesitzer von Seifhennersdorf entgegentreten zu können.

Für die Einheit und den rechtmäßigen Hauptvorstand

(Bericht von der Freudenster Bezirkskonferenz in Zittau.)

Am Sonntag, den 13. September, fand die Bezirkskonferenz des Bezirks Zittau der Freudenster statt. Es waren 25 Delegierte anwesend. Von der Landes-gebietesleitung war Genosse Heinrich erkannt. Ferner war der von unserem Bezirk einstimmig gewählte Delegierte zur Hauptversammlung vom 1. und 2. August, Genosse Schulz, anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Sitzungsanträge zur Freudenster, 2. Abrechnung der Bezirksoffizie, 3. Berchiedenes. Zum ersten Punkt gab der Bezirksoffizier die Vorschläge der Bezirksteilung bekannt, die dahin gingen, daß der Bezirk bis zu einer Einigung beider

Parteien neutral bleibt soll und alle Beiträge an die Zentrale gehen. In der Diskussion, bei der auch Genosse Heinrich Bericht vom Konflikt gab und natürlich alle Ausführungen durch Beweise bestätigte, faute der Spaltspitz Uhlmann-Zittau zu seinen Behauptungen immer nur erläutern, daß er ihm so in der Hauptversammlung am 8. und 9. August „gezeigt worden“ sei.

Die Delegierten lehnten den Vorschlag der Bezirksteilung ab, weil dies nur eine weitere Zersplitterung bedeute. Die Abstimmung, hinter welche Hauptversammlung der Bezirk sich stellt, ergab 17 Stimmen für die am 1. und 2. August, 3 Stimmen für die am 8. und 9. August, und 3 entschieden sich der Stimme. Darauf legte die Bezirksteilung ihre Mandate nieder. Es wurde deshalb eine provvisorische Kommission bis zur nächsten Konferenz gewählt, wo dann alles ordnungsgemäß von der alten Bezirksteilung der neu zu wählenden übergeht wird. Was Uhlmann mit seinen Gemeinden erreicht hat, beweisen die Aussagen seines Delegiertengenossen von Zittau, der ausführte,

daß er nun, da er die Segenliste gehabt habe, nicht mehr für Meier stimmen könnte, wie er es noch in der

Ortsgruppenversammlung getan habe.

Das beweist ferner, daß es Uhlmann mit der Wahrheit nicht genau nimmt, und noch viele in seiner Ortsgruppe würden eine andere Überzeugung bekommen, wenn sie über die wirklichen Tatsachen und die Uhlmann-Methoden besser informiert wären. Punkt 2: Kassenbericht, konnte nicht erledigt werden, da die Kassenverhältnisse noch nicht geregt sind. Unter „Berchiedenes“ wurde das Delegiertermandat von Uhlmann zur Hauptversammlung am 8. und 9. August richtiggestellt. Nach den Verschüssen der Bezirkskonferenz am 12. Juli kann Uhlmann nicht als Delegierter des Zittauer Bezirks gelten, und statutarisch haben wir nicht das Recht zu einer eigenen Delegation, müssen wir er nur als Gott in Frage kommen. Damit hat auch unser letzter Bezirk die Krise ihren Abschluß gefunden. Unwichtig ist es für diejenigen, die Freudenster zu nennen, die dem Mehrheitwillen des Bezirks nicht Rechnung tragen.

Personenstraßenwagenlinie Rathaus Freital — Dresden (Hauptbahnhof)

Da die Führung der Personenstraßenwagenlinie von Freital nach dem Dresden Hauptbahnhof, durch das Tal oder über den Stadtteil Briesig und Gittersee auf Schwierigkeiten stoßt, ist es anderer Weg vorgeschlagen worden. Die Stadt Freital bemüht neuerdings, die Linie vom Rathaus im Stadtteil Döhlen über den „Döhlener Hof“ durch Stadtteil Burg nach „Hopfenblüte“ zu führen. Von dort aus werden die Personentaxis in letzter Faßt über Gittersee und Coschütz nach dem Dresden Hauptbahnhof geleitet. Wenn dieser Vorschlag zur Durchführung gelangt, wird auch ein langgebeteter Wunsch, in besondere der Bewohner der Stadtteile Döhlen und Burg, rascher und bequemer Verbindung mit dem Dresden Hauptbahnhof erfüllt.

Gewerkschaftliches

ABG. Ortsausschuß Dresden

Heute Dienstag, den 22. September 1923, abends 18 Uhr, im großen Saale des Volkshauses.

Herksammlung

der Ortsausschuß-Delegierten, Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbehörder, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte.

Thema: Der neue Arbeitsgerichtsgegenwart.

Ref. Ch. Nöpel vom Bundesvorstand.

Die Kollegen haben an dieser außerordentlich wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Gaugewerksbund. Bezirk Freital

Mittwoch, den 23. September, abends 7 Uhr, im Stadtteil Freital, Bahnhofstraße, Restaurant Gebauer. Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Gewerkschaftskongress. Referent: Bevollmächtigter Richter;
2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Um zahlreichen Besuch der Bauarbeiter erlaubt die Bezirksteilung.

Arzt Beruhigungsmittel. In diesem Falle wurde ihm das verweigert. Er mache den Arzt auf seine Pflicht aufmerksam und wird daraus hin von 8 Mann überfallen und nach dem Tobsuchtszelle gebracht. Lassen wir ihn selber schildern.

„Ich wurde dabei sofort geschlagen, und als ich mit Wehr lehnte, wurde mit einem Gußmühlkoppel. Ich wurde mit einem Gußmühlkoppel. Barth dazu gab, auf mit herumkommenden. Auftreten und Faustschlag begaben nur so. Geschlechtsteil wurde mit umgedreht und mein linkes Auge war lange Zeit grün und blau angezwellt. Die Beteiligten waren die als Bluthunde von der Direktion gestellten Gefangenen Schulrat aus Leipziger, Kohler aus Voigtsdorf bei Saida, Alfred Knopf aus Döbeln und ein namens Cuban, als Schneider tätig. Dieselbe Tat wird von den Hausarbeitern im Zellenhaus verlangt. Sie für erhalten sie nach Verbüßung der halben Strafe begnadigt. Einer dieser Lumpen, namens Rauschend aus Leipzig, erhielt von 8 Jahren wegen Strahentrübersetzung 3 Jahre erlassen. Der genannte Gefangene Schulrat erhielt für dieselbe Tätigkeit von 3½ Jahren über 2½ Jahre geschenkt. Die Haupttätigkeit dieser Sorte Menschen ist die, wenn ein anderer Gefangener sich auch nur im stärksten gegen die Hausrordnung verging, oder wenn einem Beamten gefiel, die armen wehrlosen Opfer in Arrest zu schleppen, wo sie als Einlage erit verprügelt wurden. Wöhrend meiner Haft im Zellenhaus sind wiederholte Gefangene jämmerlich geschlagen worden. Als ich, nachdem ich etwa 14 Tage in der Zelle war, einen Brief an den geordneten Elftod zu schreiben verlangte, wurde dies wohl vom Amtmann gestattet, aber ich erhielt kein Papier. Als ich mich recht deutlich beschwert und vom Dienstabenden Beamten namens Barth, Papier verlangte, wurde ich wieder überfallen und so geschlagen, daß ich überall Flecke davontrug. Der schon erwähnte Gefangene Cuban drehte mir von hinten mit aller Gewalt die Kehle zu, wo noch heute die Käfigmäuse zu sehen sind. Nun wurden mir auch noch Ketten angelegt, und als ich wehrlos war, nochmals geschlagen. Inspektor Schumann, der hinzugekommen war, feuerte die Bluthunde mit den Worten „immer fest“ zu weiteren Misshandlungen an. Ich erhielt nur keine Ruhe, und da jagte man mir mit Gewalt Morphin in die Niere. Diese und andere M-Einspritzungen sind, um mich hierbei zu quälen, so gegeben worden, daß ich an 14 Stellen bei Ober- und Unterarmen geschnitten werden mußte.“

(Fortsetzung folgt.)